

ZWISCHENRUF

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

AUSGABE 89

JANUAR 2012



Liebe Leserin, lieber Leser,

wieder einmal trat ganz plötzlich und völlig unerwartet ein neues Kalender-Jahr in mein - und vermutlich auch Euer - Leben. Und reflexmäßig fällt mir - wie vermutlich auch Euch - ein, daß man sich aus diesem Anlaß gern gegenseitig gute Wünsche zuflüstert bzw. zuruft. Auch ich will dieser Tradition frönen. Auf diesem Wege trifft das nun Euch:

Frieden soll sein, hier und überall.
Gesundheit soll Euch beschieden sein,
je mehr, desto besser.

Liebe soll Euch begleiten, auf all Euern Wegen.
Zärtlichkeiten sollen Euch bezaubern und verwöhnen,
in jeder Art, die Euch gefällt.

Erfolge sollen Euch erfreuen, im Beruf wie im Privatleben.
Angenehme Erlebnisse sollen Eure Wege säumen, im Überfluß.
Und - zusätzlich - soll auch unverhofftes Glück Euch zuteil werden,
nicht zu knapp.

Einiges davon womöglich auch mit mir?
Alles auch noch viele weitere Jahre.

Euer/Ihr

Rettet ein Nein im Beratungsgespräch?

Katja Kipping, Ilja Seifert und die Fraktion DIE LINKE im Bundestag fragten die Bundesregierung nach „Sozialmedizinische(n) und psychologische(n) Gutachten bei Leistungsbeziehenden nach dem Zweiten und Dritten Buch Sozialgesetzbuch“. [Nach Aussage der Bundesregierung](#) „besteht keine Möglichkeit, sich ohne Sanktion oder Sperrzeit einem Beratungsgespräch zu entziehen, wenn für die Nichtwahrnehmung... kein wichtiger Grund besteht“. Gemeint sind hier die vorbereitenden Beratungsgespräche. Jedoch stellt allein das Nichteinverständnis mit einer ärztlichen oder psychologischen Untersuchung keinen „wichtigen Grund“ dar. Man muß zum Beratungsgespräch erscheinen, kann dort aber eine Begutachtung ablehnen. Dann ergeht auch keine Einladung zum Untersuchungstermin. Ergeht jedoch eine Einladung besteht Erscheinungspflicht ohne „wichtigen Grund“. Bei „unterbliebener Mitwirkung“ während des Untersuchungstermins kann ebenfalls die Leistung gekürzt oder versagt werden bis zum Nachholen der Mitwirkung. Das heißt: Erst nach der Untersuchung, nach Vorliegen des Bescheids durch die Arbeitsagentur kann der Betroffene widersprechen, ein Gegengutachten einholen - dessen Finanzierung nur nach Einzelfallprüfung übernommen wird - und auf dieser Basis gerichtlich gegen die Entscheidung vorgehen. Das bedeutet: es gibt kein Recht auf ein Gegengutachten VOR der Entscheidungsfindung durch die Behörde. Die Bundesregierung plant auch keine gesetzliche Regelung dazu. Eigene kostenintensive Gegengutachten sind der einzige Weg für Betroffene, gegen falsche Einschätzungen und Entscheidungen anzugehen. Dem durch den Medizinischen Dienst erstellten Gutachten selbst kann nicht widersprochen werden, da es keinen Regelungscharakter habe.

www.ilja-seifert.de

TERMINE MIT ILJA SEIFERT

20. 01. 11 - 17 Uhr
Fachsymposium
der „Lebenshilfe“
e.V. „Die UN-
Konvention - Motor
für gleichberechtigte
Teilhabe“ Kleist-
haus, Mauerstr. 53

22./23. 01.
Internationale
Konferenz „Gute
Politik für Men-
schen mit Behinde-
rungen“ in Wien

27. 01. 13.30 Uhr
Kranznieder-
legung zu Ehren
der Opfer der
„Euthanasie“
Gedenkplatte Tier-
gartenstrasse 4,
10785 Berlin
danach: 14.00 Uhr
Gedenkstunde:
Foyer der Philhar-
monie, Herbert -
von-Karajan-Str.01,
Berlin

27.01. 11 - 17 Uhr
„Praktische Orien-
tierung oder bloße
Pathosformel? -
Menschenwürde
in der Politik“
Fachgespräch der
Deutschen
Kommission
JUSTITIA ET PAX
Anmeldung unter
Tel: 0228/103-348

20. - 29. 01. 2012
DIE LINKE - wie je-
des Jahr - auf der
Grünen Woche!!

Sparen bis die Bühne kracht?

Immer mehr verkümmert zur Haushaltskennziffer, was Menschen Kultur ist. Sächsisches Trauerspiel: Der Freistaat will sich entlasten und schiebt die Kosten für die Landesbühnen in die Finanzierung der Kulturräume. Die Gemeinden und Landkreise können die fehlenden Mittel nicht kompensieren, weil Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene in den letzten Jahren ihre Kassen plünderten. Die Haushaltspolitik in Sachsen, für die sich der Freistaat bundesweit feiern lässt, opfert immer mehr traditionelle Werte. Resultat: Die „Gerhart Hauptmann Theater Görlitz Zittau GmbH“ muss 1,6 Millionen Euro einsparen und kann dies nur mit schmerzhaften Einschnitten tun. Da Musiktheater wie



Archivfoto: GHT/Thomas Knorr

auch Philharmonie, Chor und Tanzkompanie im Kulturraum überhaupt nur noch einmal existieren, treffen die Zwangsmaßnahmen den Standort Zittau - das älteste Stadttheater Ostdeutschlands.

Gegenwärtig verdienen die Mitarbeiter – „freiwillig“ nach Haustarifvertrag – mehr als 20% weniger als nach Flächentarifvertrag und haben so die Existenz der Theater

in den zurückliegenden Jahren gerettet. Jetzt werden weitere Kürzungen vor allem im Schauspielbereich geplant, nicht mehr durch Lohnverzicht, sondern durch Personalabbau und weniger Neuinszenierungen. Im Musikbereich kann nicht gekürzt werden, ohne die Existenz der Sparte überhaupt zu gefährden.

Jede Sparentscheidung „rechtfertigt“ die nächste. Das ist die Logik des Sparfetischismus, erklären acht Abgeordnete der LINKEN in Sachsen, so auch Ilja Seifert als Bundestagsabgeordneter. Sie protestieren gegen den Inhalt der Kürzungspläne und gegen die Art, wie sie geMACHT werden. Erst spielt man die Theaterstandorte gegeneinander aus, wenn das mangels Masse nicht mehr geht, die einzelnen Sparten innerhalb eines Theaters... Dann erklärt man die Belegschaft zu Schuldigen an „unvermeidlichen“ Entlassungen, nur weil sie nach 7 Jahren „freiwilliger“ Lohnneinbußen jetzt bessere Bezahlung fordern. Und verzögert die öffentliche Debatte, wie Landrat Lange in einem Offenen Brief an die Bürger vom 03.01.2012, weil „sich zunächst die politischen Gremien über die derzeitige Situation informieren und sich mit Lösungsansätzen beschäftigen werden“.

In einer demokratischen Debatte kämen sicher genügend Vorschläge auf den Tisch. „Ein Einstieg der Stadt Zittau, bei gleichzeitiger Anhebung des Kapitalstockes der Gesellschaft, ist für uns dabei genauso Option, wie eine Umstrukturierung der Finanzen im Kulturraum Oberlausitz. Wir sehen aber auch den Freistaat in der Verantwortung, gerade in strukturell schwachen Regionen“ erklären dazu die Abgeordneten der LINKEN.

Sie bieten in ihrem Brief allen demokratischen Bemühungen um die Theaterzukunft Görlitz/Zittau ihre Unterstützung an. „Wir erwarten von allen Beteiligten eine faire und öffentliche Diskussion, welche die Möglichkeit zur Veränderung bisheriger Konzepte beinhaltet und die den Sachverstand der Betroffenen einbezieht. Die Geheimhaltung von Konzepten muss genauso beendet werden wie die Lüge von der Alternativlosigkeit“.

SoKe

Exklusion - Selektion - „Euthanasie“

„Unheilbar Kranke“ - „Geisteskranke“ - „defektöse Ungeschöpfe“ - „geistig Tote“ - „leere Menschenhülsen“ - „Ballastexistenzen“ - „nicht nur absolut wertlose, sondern negativ zu wertende Existenzen“ - „das furchtbare Gegenteil echter Menschen“: das ist die Henkersprache der „Aktion T4“, des systematischen Massenmords an Menschen mit Behinderungen ab September 1939. Patienten aller Heil- und Pflegeanstalten wurden planmäßig erfasst. 30 Begutachter werteten Fragebögen aus und entschieden über Leben und Tod. Dann folgten die Listen für den Abtransport aus den Heimen in sechs Tötungsanstalten. Dorthin gelangte man auf Umwegen - sogenannte Verlegungen - um die Spuren zu verwischen... Umso wichtiger bleibt, am 27. Januar, dem Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus diese Menschen nicht nur nicht zu vergessen, sondern aktiv zu ehren.

sk

Literatur: Gerhard Schmidt „Selektion in der Heilanstalt 1939 - 1945“, Stuttgart 1965

www.ilja-seifert.de

In Kürze

3.700 Bahnhöfe sind laut Antwort der Bundesregierung vom 4.1.12 auf eine Frage von Ilja Seifert noch nicht barrierefrei. Behält die DB ihr gegenwärtiges Tempo von 100 – 140 Bahnhöfen, die jährlich saniert bzw. modernisiert werden, bei, werden **noch in 30 Jahren Bahnhöfe nicht barrierefrei** sein. „Das ist inakzeptabel, DB und Bundesregierung müssen hier endlich vom Bummelzugtempo auf ICE-Geschwindigkeit hochschalten“, meinen wir.

*

Aus Sicht der Bundesregierung bestehen kurzfristig **keine Möglichkeiten für eine Überprüfung der Regelbedarfsstufe 3** mit dem Ziel, für behinderte Menschen, die im Haushalt ihrer Eltern leben, die Regelbedarfsstufe 1 anzuerkennen!!! Begründung: Dafür sei in der Durchschnittsbetrachtung ein spezieller und gegenüber anderen Leistungsberechtigten höherer Lebensunterhaltsbedarf zu unterstellen. „Hierfür gibt es jedoch keine Anhaltspunkte“ - sagt die Bundesregierung!! Dagegen wendet sich die folgende [Petition](#). Zeichnungsfrist: 01.02.2012

*

Das treffende Zitat

Der ideale Mensch im Sinne der herrschenden Institutionen wäre ein Olympiakämpfer am Arbeitsplatz (um das Sozialprodukt zu steigern), der gleichzeitig als chronisch krank definiert werden kann (um die Kassen des Gesundheitswesens zu füllen) und der pünktlich mit Eintritt ins Rentenalter freiwillig den Löffel abgibt (um dem Kapitalismus nicht zur Last zu fallen) Robert Kurz neues deutschland, 09.01.2012, S. 4

Impressum/Kontakt

Büro Dr. Ilja Seifert, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 22772176
E-Mail: ilja.seifert@bundestag.de

Wahlkreisbüro:
Schulstr. 8
02826 Görlitz
Tel.: 03581 661050
E-Mail: ilja.seifert@wk.bundestag.de

Redaktionsschluss: 11.01.2012
Redaktion: S. Kemnitz